



**Andreas Jung**

Mitglied des Deutschen Bundestages



**Thorsten Frei**

Mitglied des Deutschen Bundestages



**Felix Schreiner**

Mitglied des Deutschen Bundestages

# Pressemitteilung

## Flugverkehrsbelastung: Ampel scheint Fluglärmproblematik anders zu priorisieren. Bund muss Interessen Südbadens vertreten!

Abgeordnete Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner wandten sich an Bundesverkehrsminister, um auf schwelenden Streit um die Flugverkehrsbewegungen aufmerksam zu machen.

Berlin, 30.03.2022

### **Andreas Jung, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 77077  
Telefax: +49 30 227 76253  
andreas.jung@bundestag.de

### Wahlkreisbüro

Hofhalde 12  
78462 Konstanz  
Telefon: +49 7531 916 9878  
Telefax: +49 7531 916 9880  
andreas.jung@bundestag.de

### **Thorsten Frei, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 73972  
Telefax: +49 30 227 76972  
thorsten.frei@bundestag.de

### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen - Schwenningen  
Telefon: +40 7721 995 3544  
Telefax: +49 7721 995 3545  
thorsten.frei@bundestag.de

### **Felix Schreiner, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 72065  
Telefax: +49 30 227 70066  
felix.schreiner@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen

Hauptstraße 18  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: +49 7741 835 4490  
Telefax: +49 7741 835 4495  
felix.schreiner@bundestag.de

Aufgrund des Regierungswechsels in Berlin und wegen der mit dem Abflachen der Pandemie zu erwartenden Normalisierung des Flugverkehrs haben sich die südbadischen CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Thorsten Frei (Schwarzwald-Baar) und Felix Schreiner (Waldshut) an Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing (FDP), gewandt, um auf den seit Jahrzehnten schwelenden Streit rund um die Flugverkehrsbewegungen vom und zum Flughafen Zürich aufmerksam zu machen und für Unterstützung bei der Lösung zu werben.

Dabei haben die drei Bundestagsabgeordneten verdeutlicht, in welchem Ausmaß sich der Flugverkehr am Drehkreuz Zürich ändert, dass die Menschen in den angrenzenden südbadischen Landkreisen erhebliche Belastungen zu tragen hätten und dass die von Schweizer Seite angepeilten Veränderungen diese deutlich verstärken würden. Verbunden mit der Bitte der vollen Unterstützung in dem festgefahrenen Prozess hatten sie die Erwartungshaltung geäußert, dass die deutsche Bundesregierung vorrangig deutsche Interessen vertritt.

Geantwortet hat für die Bundesregierung nun der Parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic. Dessen Ausführungen geben aus Sicht der Bundestagsabgeordneten Anlass zur Sorge. Denn darin wird die Lesart der Schweiz zum Betriebsreglement 2014 übernommen. Unter der Überschrift "Entflechtetes Ostkonzept" sieht es die Ausdehnung von Flugflächen über Südbaden, die Verkürzung von Sperrzeiten sowie die Verringerung von Flughöhen vor und würde damit letztlich zu einer deutlichen Zunahme der Überflüge über Süddeutschland zwischen 2.000 bis ca. 10.000 Flugbewegungen pro Jahr führen.



In dem Antwortschreiben komme zum Ausdruck, dass das Bundesverkehrsministerium nunmehr die Argumentation der Schweizer Seite, diese Mehrbelastungen für Südbaden seien aus Gründen der Sicherheit erforderlich, nun im Grundsatz unterstütze. Genau dieser Ansatz wurde jedoch gutachterlich widerlegt: „Das Gutachten der Gesellschaft für Luftverkehrsforschung hat Alternativen aufgezeigt, die einen sicheren Betrieb am Flughafen Zürich gewährleisten“, rufen die Abgeordneten in Erinnerung. Deshalb habe man Sorge, dass die neue Bundesregierung von der bisherigen Linie der Unions-Verkehrsminister abweichen und dem neuen Betriebsreglement zustimmen wolle. Seit 2013 sei es gelungen, Zusatzbelastungen für Südbaden durch einen konsequenten parteiübergreifenden Schulterschluss der Bundestagsabgeordneten der Region in enger Abstimmung mit Landesregierung und Landräten abzuwenden. „Sollte nun die im Ministeriumsschreiben dargestellte grundsätzliche Unterstützung des Betriebsreglements 2014 die neue Linie der Bundesregierung sein, dann droht eine Entscheidung zu Lasten Südbadens über die Köpfe unserer Region hinweg“, so die Befürchtung von Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner.

Zumindest erwarten die Wahlkreisabgeordneten das Angebot einer echten Initiative sowie ein klares Bekenntnis zum Schutz der Interessen Südbadens und der betroffenen Menschen. Beides gebe es nicht. Keine Gesprächsbereitschaft in der Schweiz und keine klare Haltung in Berlin sei eine schlechte Basis für ein gemeinsames Vorgehen. Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner machen deshalb deutlich: „Der Bund muss auch weiterhin die Interessen Südbadens vertreten!“